

Widerstand formiert sich im Bundestag

Abgeordnete der Region kämpfen ab 6. November in Berlin einmütig gegen Bypass-Pläne der Bahn

Rhein-Neckar. Der Beschluss des Bundesrates für eine ICE-Anbindung Mannheims ausschließlich über den Hauptbahnhof ist bei den Bundestagsabgeordneten der Region auf einhellige Zustimmung gestoßen.

„Ich bin sehr erfreut, dass der Bundesrat ein klares Nein zum Bypass gesagt hat“, betont der Mannheimer Parlamentarier Lothar Mark (SPD). Allerdings habe er so seine verfassungsrechtlichen Bedenken. Immerhin laufe für die geplante ICE-Strecke noch das Raumordnungsverfahren. Da gelte es, „demokratische Gépfllogenheiten einzuhalten“. Auch deshalb werde sich die Bundesregierung in dieser Eindeutigkeit noch nicht zur umstrittenen ICE-Umfahrung des Hauptbahnhofes äußern.

„Ich bin der Landesregierung in Stuttgart dankbar, dass sie im Bundesrat ein unübersehbares Zeichen für Bundesregierung und Deutsche Bahn gesetzt hat“, so Dr. Egon Jüttner (CDU). Das positive Votum für Mannheim sei „ein Fingerzeig“ für Schröder, Stolpe & Co, die bis Anfang November ihre Stellungnahme abgeben müssten. Dann müsse der Bundestag endlich sagen, wohin die Reise gehe, spätestens im Juni 2004 komme es bei namentlicher Abstimmung im Parlament „zum Schwur“, ob Bypass oder nicht.

Der Landtagsabgeordnete Klaus Dieter Reichardt sieht in dem Bundesratsbeschluss „einen Durchbruch für Mannheim und die Region“. Gegen dieses Votum könnten Bundesregierung und Bahn jetzt kaum mehr eine andere Entscheidung durchdrücken.

„Wir stimmen über das Gesamtpaket ab und nicht über die Einzelmaßnahmen“, erläutert der Bergsträßer CDU-Abgeordnete Dr. Michael Meister. Insofern müssten nun im Verkehrsausschuss die Änderungswünsche an den Ausbaugesetzen zum Bundesverkehrswegeplan deutlich kundgetan werden. Wenn sich die Region mit ihren Änderungsanträgen nicht durchsetzen sollte, dann setzt Meister seine Hoffnung auf den Bundesrat, der sich ja nun sehr deutlich artikuliert habe: „Dann sehen wir das Ding im Vermittlungsausschuss wieder“. Auch Meisters Bergsträßer SPD-Amtskollegin Christine Lambrecht ist hocherfreut über das „gute Zeichen“, das die Länderkammer signalisiert hat. Und sie bleibt bei ihrer Meinung: „Der Bypass ist nicht zumutbar für die Region.“



„Ich bin gerade dabei, mit unserem verkehrspolitischen Sprecher Dirk Fischer eine Möglichkeit zu suchen, wie das erfreuliche Votum des Bundesrates in den Bundesverkehrswegeplan eingearbeitet werden kann“, erklärte der Heidelberger CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Karl A. Lamers. Sollte dies nicht geschehen, will sein FDP-Kollege sogar den ganzen Bundesverkehrswegeplan ablehnen: „Dirk Niebel wird einem Bundesverkehrswegeplan, der die Umfahrung Mannheims enthält, nicht zustimmen“, so ein Sprecher aus dem Büro des Heidelberger Liberalen.

So weit will Lothar Binding nicht gehen. „Natürlich bin auch ich klar gegen den Bypass“, bekräftigte der Heidelberger SPD-Abgeordnete. Er würde jedoch nicht gleich den gesamten Bundesverkehrswegeplan ablehnen, sollte „aus planungstechnischen Gründen“ die Bypass-Variante noch enthalten sein müssen.

Der einzige grüne Bundestagsabgeordnete der Region, Fritz Kuhn, war gestern für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Allerdings hatte sich seine Partei bereits vor dem Bundesratsvotum als erste und bislang einzige Bundestagsfraktion geschlossen für eine Anbindung Mannheims über den Hauptbahnhof und damit gegen den Bypass ausgesprochen.

Auch die Ludwigshafener Parlamentarier Dr. Maria Böhmer (CDU) und Doris Barnett (SPD) bleiben beim ihrem strikten Nein zum Bypass.

Der „Mannheimer Morgen“ hatte gemeinsam mit dem Raumordnungsverband Rhein-Neckar und dem Wirtschaftsforum Rhein-Neckar Dreieck eine Unterschriftenaktion gestartet, mit der sich über 100 000 Bürger gegen den Bypass ausgesprochen hatten.

-tin/tan/ws/bjz

➤ „Bypass kommt in den Bundestag“